

Gaza: Die israelische Politik und die menschliche Katastrophe

Die Bilanz der militärischen Operation in Gaza fällt sehr unterschiedlich aus: Während Israel eine positive Bilanz zieht, erhalten 1½ Millionen PalästinenserInnen noch heute kaum das Nötigste zum Überleben. – Ein Gespräch mit Michael Ingber, einem Juden, der selbst 35 Jahre in Israel gelebt hat, und heute in Österreich und Deutschland viele Vorträge zum Thema hält.

Das Interview führten Andreas Paul und Markus Pühringer.

Pax: *Im Jänner jährte sich zum ersten Mal das Ende der militärischen Operation in Gaza. Durch die israelische Militäroperation „Gegossenes Blei“ wurden mehr als 1.000 Menschen getötet. Wie beurteilen Sie die aktuelle Lage in Gaza heute?*

Ingber: Erstens, war die Zahl der Toten auf der palästinensischen Seite mehr als 1.300, zum größten Teil Zivilisten; auf der israelischen Seite gab insgesamt 13 Todesfälle, vier davon waren Soldaten, die durch israelischen Beschuss ums Leben kamen.

Was die Palästinenser im Gaza-Streifen betrifft: Die Situation hat sich wirklich nicht verändert. Das heißt, die Blockade ist noch immer aufrecht. Die Leute leiden unter denselben Problemen, die sie vorher hatten; sei es Unterernährung oder Probleme in den Krankenhäusern – ohne von der Arbeitslosigkeit und psychischen Problemen zu reden. Sie haben kaum Möglichkeiten zum Wiederaufbau, weil die notwendigen Baumaterialien fehlen. Israel blockiert das Einführen von normalen Baumaterialien (Zement, Metall- und Holzbalken). Trotzdem versuchen sie durchzukommen. Aber das ist eigentlich keine menschliche Existenz, weil auch ganz normale Lebensmittel durch die Blockade nicht durchkommen – Pasta, zum Beispiel.

Übrigens, es ist eine Frage, ob man in diesem Fall den Begriff „Krieg“ überhaupt benutzen sollte; dies wegen der total asymmetrischen Verhältnisse zwischen den Kräften und wegen der Absichten, Ziele und Art der Durchführung der Operation von der Seite Israels. Der Begriff „Gaza-Operation“ scheint mir viel angemessener zu sein.

Pax: *Ist die Nahrungsmittelversorgung gegeben oder müssen die Menschen in Gaza hungern?*

Ingber: So weit ich weiß, verhungern die Leute nicht. Aber sie sind an der Grenze. Wenn heute (mehr als 30% der) Kinder in Gaza an Unterernährung leiden, dann hat das natürlich Auswirkungen auf die spätere Entwicklung. Auch wenn die Menschen nicht an Hunger sterben, bedeutet das nicht, dass sie gesund sind. In den Krankenhäusern fehlen Medikamente, es fehlen technische Geräte, die Stromversorgung ist nicht regelmäßig. Dort sterben Leute, weil sie nicht ausreichend betreut werden können. Das ist eine menschliche Katastrophe.

Pax: *Aus israelischer Sicht wird Angriff auf Gaza dennoch positiv bewertet, weil die Raketenangriffe aus dem Gaza-Streifen eingedämmt werden konnten. Also ist die Rechnung für die israelische Seite aufgegangen?*

Ingber: Raketenangriffe gibt es noch immer, aber sie sind eindeutig weniger geworden und wahrscheinlich nicht von Hamas-Kräften. Israel macht nach wie vor

alle paar Tage Vergeltungsaktionen, über die meistens in den Nachrichten nicht berichtet wird. Aber es gibt sie auch heute noch. Die Situation ist also nicht ganz ruhig. Aber Sie haben recht: Aus israelischer Sicht sieht der Angriff auf Gaza wie ein Erfolg aus. Dies ist aber eine kurzfristige Sicht der Sache, weil man nicht an den Hass ernsthaft denkt, der durch diese Politik geschürt und als offene Wunde länger Zeit bleiben wird.

Pax: *In den Medien wird berichtet, dass der Gaza-Streifen durch unterirdische Tunnel von Ägypten aus mit diversen Gütern versorgt wird. Israel behauptet, dass dadurch auch Waffen transportiert werden und fordert nun unterirdische Mauern, die die Tunnel versperren.*

Ingber: Meines Erachtens würden solche Mauern das Ziel der israelischen Seite nicht erreichen, weil da über eine sehr weite Strecke diese Mauern errichtet werden müssten. Und wenn es die Sperre geben sollte, dann werden die Leute in Gaza mit den Tunnels einfach noch tiefer graben, weil die Menschen ja irgendwie versorgt werden müssen. Ich weiß, dass Ägypten und Israel miteinander kooperieren. Beide haben ein ähnliches Ziel: Sie wollen, dass die Hamas-Regierung scheitert.

Aber, man könnte überhaupt prinzipiell fragen: Nach internationalem Gesetz und moralischen Normen, hat ein Volk, das unter Besatzung lebt, nicht das Recht auf Widerstand? D. h., es geht hier – und im Konflikt überhaupt – nicht um Recht, sondern um Macht. Und leider akzeptiert die Weltgemeinschaft diese Situation. Es gibt auch in diesem Zusammenhang eine Reihe von Fragen, die mit dem Thema Waffen zu tun haben; diesbezüglich würde ich nur andeuten, dass die selben Maßstäbe für beide Seiten gültig sein sollten. Jede Minute des Lebens unter Besatzung ist eine Situation unter Gewalt oder unter der Bedrohung der Gewalt von der Seite des Besatzers.

Israel bezeichnet seine Gewalt als legitime Selbstverteidigung. Die palästinensische Seite sieht ihre Gewalt als Widerstand gegen die Besatzung. Es gibt von der palästinensischen Seite auch gewaltfreien Widerstand, wie z.B. in Bil'in gegen die Mauer. Israel, andererseits, sieht jeden Widerstand als Terror bzw. als eine existentielle Bedrohung. Gegen gewaltfreien Widerstand wird auch mit Gewalt reagiert. Die Situation, die Kraftverhältnisse sowie die P-R Präsentation des Konflikts, ist total asymmetrisch, und das muss ständig in Betracht gezogen werden! Außerdem gibt es Stimmen auf beiden Seiten, die anders reden.

Wir sehen hier übrigens wie problematisch das akzeptierte Reden über den Konflikt ist: Eine Seite kauft Waffen (oder kriegt sie sogar gratis, wie die U-Boote von Deutschland) und führt einen (Selbstverteidigungs-) Krieg, die andere „schmuggelt“ und „attackiert“. Ein kritisches Umdenken ist auch in diesem Zusammenhang dringend notwendig.

Pax: *Eine viel einfachere Lösung, damit die Raketenangriffe aufhören würden, wäre eine Öffnung der Blockade. Wenn die Menschen das erhalten, was sie zum Leben brauchen, würden sie vermutlich auch die Angriffe einstellen. Gibt es Ihrer Meinung nach Anzeichen, dass es zu einer solchen Lockerung der Blockade kommt?*

Ingber: Warum sollte es? Für Israel ist der status quo ja befriedigend. Und die Welt macht wenig Aufsehen über die Tatsache, dass 1,5 Millionen (arabisch-palästinensische) Menschen nur sehr unzureichend versorgt werden können. Die Weltgemeinschaft hat keinen wirklichen Willen an einer politischen Lösung für sie.

Stellen Sie sich aber vor, die Situation wäre umgekehrt, und zwar, dass es um Juden unter Belagerung ginge! Wie wäre dann die Reaktion?

Aber wieder zur grundsätzlichen Frage: Ist dies nicht die Geschichte der israelischen Rechtfertigung der Besatzung seit mehr als 42 Jahren, und zwar, dass die israelischen Streitkräfte in den besetzten Gebieten bleiben müssen, um Israel vor Terror – und im israelischen Lexikon ist jede Art Widerstand als Terror bezeichnet – zu schützen? Wäre nicht die vernünftigste – wenn doch nicht eine „einfache“ – Lösung, das Beenden der Besatzung der palästinensischen Gebiete, einschließlich Ost-Jerusalem?

Pax: *Muss man dann langfristig davon ausgehen, dass diese Situation zu einer Radikalisierung in Gaza führen wird?*

Ingber: Es gibt schon Warnungen vor einer Radikalisierung, auch von Hamas Leute, die vor einer Verstärkung der *al-Qa'ida* warnen. Ich habe selber aber keine Anzeichen wahrgenommen, die eine Radikalisierung der palästinensischen Gesellschaft in Gaza zeigen würden. Ich glaube, die Leute sind einfach zu verzweifelt. Sie haben keine Kraft mehr für Widerstand. Was diese Situation für die Popularität von Hamas bedeutet, ist nicht eindeutig.

Pax: *Ist für Sie durch die Obama-Administration eine Veränderung erkennbar?*

Ingber: Keine wesentliche, auf jeden Fall. Obama hat zwar angekündigt, etwas, sogar viel zu ändern. Aber passiert ist bis jetzt fast nichts. Es gibt kaum Bewegung. Es ist schon besser als in der Zeit von Bush – allein die Tatsache, dass das Thema der Erweiterung der Siedlungen, auch in Ost-Jerusalem, auf der Tagesordnung steht und diskutiert wird, ist wichtig. Natürlich weiß man nicht, was hinter den Kulissen passiert. Aber konkrete Ergebnisse sieht man bis jetzt nicht. Auch der Stopp des Auf- bzw. Ausbaus von Siedlungen kann nicht ernst genommen werden, wie von Journalisten vor Ort berichtet.

Pax: *Wo sehen Sie in dieser Situation noch hoffnungsvolle Anzeichen?*

Ingber: „Hoffnungsvolle Anzeichen“ ist wahrscheinlich zu viel gesagt. Aber ich habe doch den Eindruck, dass die israelische Regierung den Druck von außen spürt. Die härteren Maßnahmen gegen Friedensgruppen in Israel und gegen NGOs in der West Bank in den letzten Monaten sind m. E. ein Zeichen dafür; diese Entwicklung ist gleichzeitig sehr problematisch aber auch positiv. Unter der israelisch-jüdischen Gesellschaft merkt man keine Veränderung der Beziehung zu den Palästinensern, und deshalb ist es vom internationalen Druck abhängig, ob die Problematik der Politik Israels ständig in den Nachrichten vorkommt und nicht von der Tagesordnung verschwindet.

Pax: *Was halten Sie von der Initiative „Boykott, Desinvestment and Sanctions“ (BDS)? Kann man durch Boykott von israelischen Waren die israelische Regierung zu einer Verhaltensänderung zwingen?*

Ingber: Auch das ist ein schwieriges Thema. Erstens - falls Staaten oder Organisationen sich dafür entscheiden, Sanktionen gegen Israel durchzuführen, sollte es klar gemacht werden: Das wird getan, weil man die israelische Politik nicht akzeptiert und weil Israel nicht auf Kritik reagiert - und nicht weil man keine Avocados von Juden kaufen will. Selbstverständlich würden im Fall eines politischen und/oder wirtschaftlichen Boykotts viele Gegner der Israel-Kritiker behaupten, dass egal wie

man es argumentiert, es gegen (die) Juden gerichtet ist. Aber von solchen Kreisen ist keine differenzierte Sicht der Sache zu erwarten.

Es wurde schon vorgeschlagen, dass es am meisten wohl bringen würde, wenn man die Neuverhandlungen über das Handelsabkommen zwischen Israel und der Europäischen Union mit einer Veränderung der Politik Israels gegenüber den Palästinensern verknüpfen würde. Und ich vermeide absichtlich den Ausdruck „mit einer Verbesserung der humanitären Situation der Palästinenser“ – Israel, genauer gesagt die israelischen Juden, tut/tun keinen Gefallen oder eine lobenswerte Geste, wenn es die Würde anderer Menschen respektiert – das ist eine „Basis-Pflicht“ aller Menschen.

Pax: Was können Gruppen wie Pax Christi zum Frieden im Nahen Osten beitragen?

Ingber: Ich glaube, jede Präsenz und jeder Druck ist wichtig. Besonders wichtig finde ich die ständige kritische Beschäftigung mit der Art des Diskurses über den Konflikt: Wie darüber geredet wird, insbesondere aber nicht nur bei den Medien, beeinflusst wie darüber gedacht, und folglich was getan wird. Ein Beispiel: Wenn bei jeder Erwähnung von Hamas die Phrase „die radikale, islamistische Bewegung“ erscheint, warum nicht im Fall Israel etwa „die mehr als 42 Jahre Besatzungsmacht“? Übrigens, Rosa Luxemburg sagte, „radikal“ zu sein heißt, die Sache zu nennen wie sie ist. D.h., „Radikalität“ wäre – in diesem Sinne – auch hilfreich.

Ich habe keine Erwartung, dass von hier in Europa die „Rettung“ kommt. Aber je mehr Menschen in friedensstiftenden Aktivitäten involviert sind und Druck auf die Politik ihres Landes ausüben, desto besser sind die Chancen, dass es zu einem echten Friedensprozess kommt. Der bedeutendste Schritt wäre es, wenn die US-amerikanische Regierung ihre Strategie ändern würde. Aber man sieht da nicht viel. Daher muss man in Europa aktiver werden und sich für Gerechtigkeit, d.h. eigentlich für die echten, langfristigen Interessen beider Seiten, einsetzen. Sonst ist es wirklich ein Verrat an der „Lehre aus der Vergangenheit“, von der in Europa so oft gesprochen wird.

Pax: Wir danken für das Gespräch!

Schulprojekt zum Thema Nahost-Konflikt - Ablauf und Informationen

Mit Projektleiter: Michael Ingber

Das Projekt eignet sich für SchülerInnen ab dem 10. Schuljahr, für eine oder zwei Klassen (Gruppengröße bis zu etwa 40 SchülerInnen).

Der Zeitumfang ist flexibel: „Standard“ sind drei aufeinander folgende Projektstage (6 Unterrichtsstunden pro Tag). Eine abgekürzte ein- oder zweitägige Version ist auch möglich.

Das Projekt wird vom Unterrichtsministerium/Abteilung für Politische Bildung gefördert und beträchtlich finanziell unterstützt.

Kontakt: Michael Ingber

Adresse: Postfach 3, A-1072 Wien

Telefon: +43-(0) 676 7822422

E-Mail: ingber_michael@yahoo.de